



Kiel, 25.01.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 30 - Kooperation von Jugendhilfe und Schule (Drucksachen 16/958neu und 16/1072)

Sandra Redmann:

Die Bedeutung der Zusammenarbeit ist noch nicht überall erkannt worden

Wir haben gestern das neue Schulgesetz verabschiedet, das die Einrichtungen der vorschulischen und schulischen Bildung zu stärkerer Kooperation verpflichtet und die Förderung des einzelnen Kindes und des einzelnen Jugendlichen zum Grundprinzip macht. Das muss ergänzt werden. Ob es uns gefällt oder nicht, viele Familien sind heute nicht in der Lage oder auch nicht bereit dazu, ihre Kinder zu betreuen und zu erziehen, und wenn wir diese Kinder nicht von vornherein aufgeben wollen, folgt daraus, dass die Gesellschaft, der Staat und seine Einrichtungen diese Aufgabe übernehmen müssen.

Im schlimmsten Fall kann das bedeuten, dass die Öffentlichkeit die Kinder vor ihren eigenen Eltern schützen muss. Denn **Defizite in der Betreuung oder gar körperliche oder seelische Misshandlungen** bis hin zu sexuellem Missbrauch fallen am ehesten dort auf, wo Kinder einen großen Teil des Tages verbringen, nämlich in der Schule. Wir alle wollen, dass sie künftig mehr Zeit in der Schule verbringen, weil wir den Weg von der Halbtagschule über die offene Ganztagschule hin zur gebundenen Ganztagschule für richtig halten.

Es würde die Lehrerinnen und Lehrer jedoch überfordern, wenn wir ihnen zusätzlich zur Diagnose auch noch die gesamte Therapie aufdrücken wollten. Die muss von den Schulen und ihrem Umfeld, ganz besonders mit den verschiedenen Trägern und Formen der Jugendhilfe,

gemeinsam geleistet werden, und zwar – das ist mir besonders wichtig – als Partner mit gleichen Rechten und Pflichten.

Der Bericht der Landesregierung legt einen seiner **Schwerpunkte auf die Gewaltprävention**. Das ist auch richtig so, weil zahlreiche Vorfälle in den letzten Jahren deutlich gemacht haben, wie schwerwiegend dieses Problem ist; ich denke dabei an die monatelange Quälerei eines Schülers an einer Berufsschule in Hildesheim, wobei wir uns immer vor Augen halten müssen, dass diese spektakulären Fälle nur die Spitze des Eisbergs sind.

Viele gewalttätige Schülerinnen und Schüler haben ihr Verhalten in der eigenen Familie erfahren und als normal und akzeptabel erlebt und erlernt. Die „Welt“ titelte gestern: „Wer Opfer von Gewalt werden will, sollte eine Familie gründen“. Die Schule muss vermitteln, dass „Faust“ ein Drama von Goethe ist und kein Mittel zur Lebensbewältigung.

Schule und Jugendarbeit müssen sich sowohl mit den Tätern als auch mit den Opfern auseinandersetzen, denn die Folgen von Misshandlungen gehen weit über die unmittelbaren körperlichen Folgen hinaus.

Der Bericht gibt einen Überblick über zahlreiche Projekte in allen Teilen unseres Landes. Wir würdigen die gemeinsamen Anstrengungen der Schulen, der Träger der Jugendhilfe und der beteiligten Kommunen und Kreise. Aber ich muss dennoch darauf hinweisen, dass **noch nicht in allen Gemeinden erkannt worden ist, welche Bedeutung die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe hat**. Ich appelliere deshalb auch an die Kommunalpolitiker, dieses Problemfeld stärker in den Mittelpunkt zu ziehen und es auf keinen Fall zum Steinbruch für Einsparungen zu machen. Wer hier an jungen Menschen spart, wird später für Erwachsene sehr viel mehr ausgeben müssen!

Das Land lässt es nicht bei Appellen bewenden; es stellt auch Geld und Stellen zur Verfügung, wie die gemeinsame Richtlinie der beteiligten Ministerien darlegt. Diese **Kooperation**

reicht sich in einen bundesweiten und internationalen Prozess ein, ebenso wie unser „Kinder- und Jugendaktionsplan“ nicht vom „Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland“ und vom „Europäischen Pakt für die Jugend“ zu trennen ist.

Die Bundesregierung hat 2005 den 12. Kinder- und Jugendbericht vorgelegt, dessen Forderung ein abgestimmtes System von Bildung, Betreuung und Erziehung ist. Der Bericht der Bundesregierung verlangt: „Mit dem Projekt Ganztagschule muss somit auch der Anspruch einer umfassenden Reform der Schule sowie der Kinder- und Jugendhilfe verbunden sein.“

Schleswig-Holstein ist von beiden Richtungen her auf einem guten und richtigen Weg, den das Parlament und die gesamte Gesellschaft gestalten müssen.